

Kommunal-Gipfel nötig

Neuer Vorsitzender der AG des Städte- und Gemeindebundes ist Stefan Raetz

Rheinbach (art). Bürgermeister Stefan Raetz heißt der neue Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen“.

Ohne Gegenstimmen wurde er bei der Tagung des Gremiums in der Rheinbacher Stadthalle von den mehr als 200 Delegierten gewählt. Sein Stellvertreter ist Arno Nelles, Bürgermeister von Würselen. In Anwesenheit von Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar und Landrat Frithjof Kühn forderte Raetz angesichts der dramatischen Finanzlage der Kommunen, dass „Bund und Land aufhören, den Bürgern immer wieder Dinge zu versprechen, die die Kommunen dann leisten müssen“. So sei auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz für die Kommunen ein Schuldenbeschleunigungsgesetz. „Wann kommt endlich ein Kommunal-Gipfel zur Lösung unserer drängenden Probleme? Wir müssen dazu in Berlin unsere Stimmen erheben!“, so der AG-Vorsitzende Raetz.

Der Hauptgeschäftsführer des NRW-Städte- und Gemeindebundes, Dr. Bernd Jürgen Schneider, erklärte mit Hin-



■ In der Rheinbacher Stadthalle tagte die „Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen“, im Bild (v.li.) der stellvertretende Vorsitzende Arno Nelles, Bürgermeister von Würselen, Rhein-Sieg-Landrat Frithjof Kühn, der Hauptgeschäftsführer des NRW-Städte- und Gemeindebundes, Dr. Bernd Jürgen Schneider, der neue Vorsitzende der AG, Rheinbachs Bürgermeister Stefan Raetz, und der Kölner Regierungspräsident Hans Peter Lindlar.

FOTO: ART

weis auf den Rückgang der Gewerbesteuer als wichtigster Einnahmequelle um 20 Prozent in 2009: „Die Kommunen befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Die kommunalen Haushalte würden buchstäblich zerrieben zwischen wegbrechenden Einnahmen, explodierenden Ausgaben und steigenden Kassenkrediten. Parallel würden die Städte- und Gemeinden mit Pflichtaufgaben belastet. So hätten sie fast die gesamte finanzielle

Verantwortung für vier gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu tragen, nämlich die Kosten der Eingliederungshilfen für Behinderte, der Unterkunft für Langzeitarbeitslose, der Grundsicherung im Alter und der Pflegehilfe.

„Es kann nicht sein, dass der Bund uns vier zentrale Sicherungsaufgaben aufdrückt und uns dann im Regen stehen lässt“, sagte Schneider. Als kurz- und mittelfristiges Maßnahmenpaket forderte Schneider ein Notprogramm zur Sanie-

rung der Kommunalfinanzen.

Dieses müsse mindestens fünf Punkte umfassen: Die dauerhafte Mitfinanzierung der Soziallasten durch den Bund, Umfassender Abbau von Pflichtaufgaben und Standards, Konsolidierungshilfen des Landes NRW, Verankerung eines Anspruchs der Kommunen auf finanzielle Mindestausstattung in der NRW-Landesverfassung sowie die „umgehungssichere“ Ausgestaltung des Konnexitätsgrundsatzes.

Blickpunkt - Scharfenstein

27. Januar 2010